

#PRESSEMITTEILUNG 23. Februar 2018

# **EVG warnt vor einer zunehmenden Überbelastung der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner**

**Der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Alexander Kirchner, hat vor einer zunehmenden Überlastung von Fahrdienstleitern und Lokführern gewarnt. Anlass ist ein Beinahe-Zusammenstoß auf einem Streckenabschnitt der Ammerseebahn nahe Schondorf, über den verschiedene Medien berichtet hatten.**

Nach Angaben des EVG-Vorsitzenden klagten Fahrdienstleiter und Lokführer immer häufiger darüber, durch eine Vielzahl an Überstunden, eine zunehmende Arbeitsverdichtung sowie ein Mehr an übertragenen Aufgaben, an ihrer Leistungsgrenze zu arbeiten. "Die physischen und psychischen Belastungen werden mit steigendem Kostendruck und zunehmender Digitalisierung immer größer. Wir brauchen klare Regeln, was an Tätigkeiten für den jeweiligen Beruf nötig und zumutbar ist und was nicht", stellte Alexander Kirchner fest. "Ob der Lokführer eines ICE bei Höchstgeschwindigkeit darüber informiert werden muss, dass eine der Toiletten im Zug ausgefallen ist, erscheint mir doch recht fraglich, machte Alexander Kirchner deutlich.

Der EVG-Vorsitzende forderte vor diesem Hintergrund unternehmensübergreifende Belastungsstudien, unter anderem für den Beruf des Fahrdienstleiters und den des Lokführers. "Wir müssen uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass die Leistungskapazität eines jeden Menschen begrenzt ist. Vor allem in Arbeitsbereichen, in denen es um die Sicherheit

geht, müssen die Belastungen auf ein Minimum beschränkt werden", machte Kirchner deutlich. Nach seiner Auffassung seien solche Untersuchungen längst überfällig und würden deshalb von der EVG nun eingefordert.

"Wir nehmen die Klagen unserer Kolleginnen und Kollegen sehr ernst. Die EVG werde deshalb auf die Beschäftigten in den verschiedenen Eisenbahnverkehrsunternehmen zugehen, um ein individuelles und persönliches Bild der augenblicklichen Belastungen zu bekommen, so Alexander Kirchner.

"Zum Beinahe-Unfall selbst werden wir uns nicht äußern, weil es sich um ein laufendes Verfahren handelt", stellte der EVG-Vorsitzende fest.